



sgv  usam



Medienkonferenz vom 7. Oktober 2022

«Wir alle sind die Wirtschaft»

Fabio Regazzi, Nationalrat «Die Mitte»
Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Sehr geehrte Medienschafterinnen

Der Schweizerische Gewerbeverband ist seit seinen Ursprüngen eine starke Stimme in der Bundespolitik. Wir verfügen über ein grosses Netz an Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in Bundesbern. Dieses Netz bauen wir ständig aus und pflegen es dementsprechend.

Der sgv hat als Dachverband mit 230 Mitgliedorganisationen eine starke Direktvertretung in Bundesbern und kann so seine Anliegen wirkungsvoll durchsetzen. Wir stehen und kämpfen für eine Unternehmens- und damit auch KMU-freundliche Politik. Es gibt jedoch ein grosses «Aber». Allein können wir etwas bewirken, zusammen, mit den anderen Dach- und Wirtschaftsverbänden können wir aber einiges mehr verändern.

Es gibt nämlich viele Gemeinsamkeiten, die uns verbinden. Es sind konkrete Themen oder Themenbereiche, die wir in der wirtschaftspolitischen Agenda festgehalten haben, aber auch Ansätze, wie das Verständnis von Staat und Gesellschaft. Wir sind gemeinsam überzeugt, dass einige Sachen besser in der Verantwortung des Staates sind, während aber andere ohne Staat auskommen sollten, das heisst von Privaten in privater Initiative. In der Ordnungspolitik steht im konkreten Fall immer die Eigenverantwortung der Menschen vor dem staatlichen Handeln. Dieses ordnungspolitische Konzept ist in der Schweizer Politik zunehmend durch die politische Agenda von Links-Grün gefährdet. Sie wollen immer mehr Staat und Regulierung und dies zu Lasten der Eigenverantwortung.

Wir vier Dachverbände haben uns zusammengeschlossen, um hier entgegenzuhalten. Wir wollen das Unternehmertum in der Bundespolitik wieder stärken. Die Stimme der Wirtschaft muss wieder mehr Gewicht bekommen im politischen Diskurs.

Meine Damen und Herren: Wir alle sind Wirtschaft, wir alle verdienen unseren Lebensunterhalt, konsumieren und bezahlen Steuern, damit unser Sozialstaat finanziert werden kann. Das ist Wohlstand und den erreichen wir nur mit einer gesunden Wirtschaft. Wenn wir als bürgerliche Kräfte zusammenstehen, können wir die Dogmatik und Deutungshoheit der Links-Grünen sogar in ihren «Strong Holds» brechen. Das haben wir mit dem Abstimmungssieg zur AHV21, wie auch mit der Absage an die Massentierhaltungsinitiative, bewiesen.

Dringender Reformbedarf besteht als nächstes – und das ist auch von Links nicht umstritten – bei der 2. Säule der Altersvorsorge. Wir rufen das Parlament auf, die Reform so rasch als möglich auszuarbeiten. Anstatt das Wirrwarr an Initiativen, die im Raum stehen, muss eine mehrheitsfähige Vorlage erarbeitet werden, welche auf massvollen Korrekturen aufbaut und den Werkplatz Schweiz nicht weiter belastet.

Wir dürfen auch unbequeme Tatsachen nicht aus den Augen verlieren. Die fiskalische Attraktivität der Schweiz nimmt bereits seit einigen Jahren ab. Die Staatsquote – Steuern und Zwangsabgaben zusammengezählt – ist in der Schweiz eine der höchsten europaweit. Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache: Die Staatsverschuldung bleibt hoch. Im Nachgang zu den wirtschaftspolitischen Abfederungsmassnahmen zur «Corona-Krise» ist die



sgv  usam



Verschuldung des Staates und einiger Sozialwerke explodiert. In den nächsten Jahren gilt es, diese Verschuldung wieder zu reduzieren.

Grundsätzlich sollten wir unsere Reformfähigkeit wieder stärken. Der Wille, Probleme konkret und pragmatisch anzugehen muss die Überhand über die Ideologie wieder gewinnen. 25 Jahren Reformstau in einem Sozialwerk wie der AHV sind im Interesse von niemanden. Die Strukturreformen, die eigentlich das Wirtschaftswachstum ankurbeln sollten, blieben in den letzten Jahren aus. Unser Zusammenspannen hat zum Ziel, eine gemässigte, bürgerliche, konstruktive reformfreundliche Haltung ins Parlament zu bringen, um Lösungen zu erarbeiten und zu erreichen.

Es ist an der Zeit, wirtschaftlich und unternehmerisch zu denken. Wenn der Motor unseres Wohlstands, die Wirtschaft ausfällt, leidet die ganze Gesellschaft.

Wir alle sind Wirtschaft und diese Botschaft muss in der Bevölkerung, insbesondere auch im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr, gehört werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Bern, 7. Oktober 2022